**Die wichtigsten Ergebnisse des Digitalisierungsmonitors 2019 in Kürze:**

* Nur **18 % der Kandidierenden** haben teilgenommen.
* Grundsätzlich sehen alle Parteien **eher Chancen als Risiken und beurteilen die Auswirkungen positiv**. Frauen sind allerdings skeptischer als Männer.
* Eine Mehrheit der Kandidierenden **erlebt Digitalisierung im Alltag star**k, vorwiegend in Beruf und Ausbildung,
* Die Mehrheit ist der Meinung, dass in der Schule viel zu wenig und in den Hochschulen **zu wenig für die Vermittlung von ICT und digitalen Kompetenzen** getan wird.
* Die Parteien sind sich uneins, in welchen Bereichen mehr **Tempo** angebracht wäre; wobei die SVP sich in vielen Bereichen als stärkster Bremser erweist.
* Beim **E-Voting** bremsen ausser SP und BDP alle Parteien, wobei Frauen überraschenderweise eher stärker dafür sind als Männer.
* Mehrheiten in allen Parteien stimmen den Aussagen zu, dass die Digitalisierung den **Wohlstand sichert**, dass sie die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördert** und dass die **Qualität der Arbeit** zunimmt.
* Ausser der SVP befürworten alle Parteien **Umschulungsmassnahmen** als Reaktion auf die Veränderungen; das **bedingungslose Grundeinkommen** findet dagegen nur bei SP und den Grünen Zustimmung.
* Die Besteuerung von (KI-gestützter) Hard- und Software (**Robotersteuer**) wird von SP und Grünen klar begrüsst; von FDP und SVP klar abgelehnt; CVP, glp und BDP sind hier gespalten.
* SP, Grüne, CVP und BDP wünschen sich eine **stärkere Regulierung von Online-Vermittlungsgeschäften** wie Airbnb oder Uber, FDP und glp sind dagegen, wobei Junge sich deutlich weniger für Regulierung aussprechen.
* Kontrovers werden die Aussagen bzgl. **Zerfall von Werten und Sitten** sowie eine gerechtere Gesellschaft beurteilt, wobei aber dennoch eine Mehrheit in allen Parteien glaubt, dass die Digitalisierung die Menschen zusammenbringt und dass sie keine Spaltung der Gesellschaft bewirkt.
* Fast unisono unterstützen alle Parteien die Aussage, dass die Digitalisierung den **Zugang zu Wissen und Bildung** erleichtert.
* Alle Parteien unterstützen ein **Grundrecht auf digitale Unversehrtheit**, die jüngsten Kandidierenden am stärksten.
* Eine Mehrheit der Parteien befürwortet eine **Verschärfung des Datenschutzes auf EU-Niveau**, nicht aber darüber hinaus.
* Die Kandidierenden aus allen teilnehmenden Parteien sind sich grossmehrheitlich einig, dass die verfügbaren Kenntnisse und Mittel im **Bereich Cyber Security beim Bund ungenügend** sind.
* Eine **Meldepflicht für Cyber-Vorfälle** für Unternehmen UND Private findet nur unter den SP-Kandidierenden eine Mehrheit; im Bereich Unternehmen wird diese aber mehrheitlich begrüsst.